

Wahlen im 40. Jahr des Bestehens der DDR — weitere Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie

Dr. h. c. HANS-JOACHIM HEUSINGER,

Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister der Justiz

Die am 7. Mai 1989 stattfindenden Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen sowie die Wahlen der Direktoren, Richter und Schöffen der Kreis- und Stadtbezirksgerichte und der Mitglieder der Schiedskommissionen stehen im Zeichen der weiteren erfolgreichen Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitag der SED im 40. Jahr des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik.

*Kommunalwahlen 1989 — ein Beitrag zur weiteren
Qualifizierung der sozialistischen Kommunalpolitik * 28*

Wahlen zu den Volksvertretungen sind — wie auch in der Präambel des Wahlgesetzes vom 24. Juni 1976 i. d. F. vom 28. Juni 1979 festgestellt wird — „Höhepunkte im gesellschaftlichen Leben“ unseres Landes. Sie führen zur Bildung derjenigen staatlichen Machtorgane, durch die die Bürger der DDR ihre politische Macht ausüben (Art. 5 Abs. 1 der Verfassung). Die umfassende Vorbereitung und Durchführung der Wahlen ist Ausdruck der sozialistischen Demokratie und dient zugleich deren weiterer Entfaltung und Vervollkommnung: die Bürger machen von ihrem Grundrecht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung Gebrauch, und die in der Nationalen Front vereinigten Parteien und gesellschaftlichen Organisationen richten ihre Anstrengungen auf die Bewältigung neuer Aufgaben bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft mit dem Blick auf das Jahr 2000.

Mit den (diesjährigen Kommunalwahlen, mit denen die Wähler über die Zusammensetzung von 7 800 örtlichen Volksvertretungen entscheiden werden, wird ein weiterer Schritt zur Vervollkommnung unserer sozialistischen Demokratie getan: Entsprechend langjährigen Traditionen (vgl. § 16 Abs. 2 Wahlgesetz) wird für die 203 000 Abgeordnetenmandate ein Drittel mehr Kandidaten aufgestellt. Dazu wurde auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der SED empfohlen, „daß solche gesellschaftlichen Organisationen wie der Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK) mit seinen 1,4 Millionen Mitgliedern, der Deutsche Turn- und Sportbund der DDR (DTSB), der 3,6 Millionen Mitglieder zählt, und die der Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse dienende Gesellschaft URANIA, aber auch die freiwillige Feuerwehr und andere Einrichtungen aus ihren Reihen aktive Mitglieder als Kandidaten für die Abgeordnetenmandate vorschlagen sollten. „So werden noch mehr Bürger, die im Interesse des Territoriums tätig sind, die Belange der Bevölkerung als Abgeordnete vertreten können.“¹

Um die Kontakte zwischen den Abgeordnetenkandidaten und ihren Wählern noch enger zu gestalten, werden die Wahlkreise so festgelegt, daß sich jeweils nur acht bis zehn Kandidaten zur Wahl stellen. Das ermöglicht den Bürgern, die Kandidaten besser kennenzulernen. Die von den Kollektiven der Werktätigen geprüften (vgl. § 17 Wahlgesetz) und von den Parteien und Massenorganisationen benannten Kandidaten für die einzelnen Wahlkreise werden dann auf öffentlichen Tagungen der Ausschüsse der Nationalen Front vorgestellt (vgl. § 18 Wahlgesetz). Auf Veranstaltungen in den Wahlkreisen wird über den Wahlvorschlag der Nationalen Front beraten und beschlossen.

Die Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen ist durch das vertrauensvolle politische Gespräch mit den Wählern über Grundfragen unserer Innen- und Außenpolitik, über die Erfolge und Errungenschaften der DDR auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens und über die vor uns stehenden neuen Aufgaben in Vorbereitung des XII. Partei-

tages der SED gekennzeichnet. Grundlage der Volksaussprache ist der Wahlauftrag des Nationalrates der Nationalen Front der DDR vom 26. Januar 1989. Diese Aussprache wird Bilanz darüber ziehen, was in der zurückliegenden Wahlperiode in den Kreisen, Städten und Gemeinden geleistet wurde, wie es gelang, in den Territorien die politischen, ökonomischen, sozialen und geistig-kulturellen Prozesse in ihrer Komplexität zu meistern. In der Aussprache wird deutlich werden, wie durch die schöpferische Arbeit aller Bürger die kommunalpolitischen Vorhaben erfüllt wurden, aber auch, wo noch territoriale Reserven zu erschließen sind. Damit trägt die Wahlbewegung zur weiteren Qualifizierung der sozialistischen Kommunalpolitik, der konkreten Verwirklichung der gesellschaftlichen Gesamtstrategie der SED in den Territorien, bei.

In den Städten und Gemeinden wird für jeden Bürger direkt erlebbar, was Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, was sozialistische Demokratie bedeutet. Das Offenlegen, wie Probleme des Alltags im Interesse der Bürger gelöst werden können und müssen, fordert und fördert zugleich deren eigene aktive Mitgestaltung. Den örtlichen Volksvertretungen, die als „arbeitende Körperschaften“ im Marx'schen Sinne die Einheit von Beschlußfassung, -durchführung und -kontrolle verwirklichen und die dazu nach dem GöV über weitreichende Kompetenzen verfügen, erwächst die Aufgabe, auf ihren Tagungen den Alltagsfragen der Bürger noch mehr Beachtung zu schenken. Die Tagungen der Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen müssen zu Foren des Erfahrungsaustausches über die besten Lösungen bürgernahe Kommunalpolitik werden.

Eine Besonderheit dieser Kommunalwahlen ist es, daß sie im 40. Jahr des Bestehens unserer Republik stattfinden. Dies gibt Veranlassung, die Bilanz des Aufstiegs der DDR seit ihrer Gründung am 7. Oktober 1949 und insbesondere nach dem VIII. Parteitag der SED zu ziehen und bei allen Bürgern das Bewußtsein zu vertiefen, daß „unsere Erfolge bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft das Ergebnis der schöpferischen Arbeit von Millionen Menschen sind und daß der Sozialismus die einzig mögliche Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft ist“.² Insbesondere geht es darum, der jungen Generation die Erfahrungen des Werdens und Wachsens der DDR nahezubringen, ihr bewußt zu machen, was in der historisch kurzen Zeitspanne von 40 Jahren erreicht wurde. Das wird dazu beitragen, bei jungen Menschen sozialistische Standpunkte und Überzeugungen herauszubilden und so festigen, wird ihr Leistungsstreben stimulieren und sie zu neuen Aktivitäten zur Stärkung des sozialistischen Vaterlandes und zum Schutz seiner revolutionären Errungenschaften anregen.

Die Kommunalwahlen als ein Höhepunkt im 40. Jahr der DDR verlangen eine gründliche Vorbereitung. „Wahlzeiten sind im besonderen Maße Zeiten eines intensiven politischen Dialogs mit allen Bürgern. Gerade auch in der Kommunalpolitik bestätigt sich, daß die Mitarbeit der Bürger in dem Maße zunimmt, wie sie konkret über Ziele unserer Politik und über kommunale Vorhaben Bescheid wissen, wie ihre Vorschläge und Ideen aufgegriffen und beantwortet werden, kurzum, wie ihrer demokratischen Mitarbeit breiter Raum gegeben wird.“³

1 E. Honecker, Mit dem Blick auf den XII. Parteitag die Aufgaben der Gegenwart lösen (Aus dem Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des Zentralkomitees der SED), Berlin 1988, S. 73.

2 E. Honecker, a. a. O., S. 92.

3 E. Honecker, a. a. O., S. 72 f.